

Sevim Dagdelen in Rostock

Dem Vorstand des Stadtteilverbandes DIE LINKE Lütten-Klein ist es gelungen, eine interessante und fachkundige Referentin unserer Partei einzuladen. Sevim Dagdelen ist Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Sprecherin für internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE. Thema der Veranstaltung war die derzeitige Außenpolitik der Bundesregierung.

Genossin Sevim Dagdelen nannte den Untertitel Ihres Vortrags „Neue Verantwortung – Neue Kriege?“ Kern Ihrer Ausführungen war die Rede der Bundeskanzlerin in Sydney anlässlich des Treffens der G-20-Staaten. Die Analyse dieser Rede zeigt eindeutig, dass die Welt in eine neue Phase des Kalten Krieges eingetreten ist. Mit diplomatischen Winkelzügen, politischen Halbwahrheiten und

Lügen soll die Bevölkerung eingelullt und verdimmt werden. Die politischen Spannungsfelder heute sind vergleichbar mit denen von 1914 vor dem 1. Weltkrieg. Eingehend auf den Ukraine Konflikt entwickelte Genossin Sevim Dagdelen ihre



Gedanken zum Umgang mit Russland in dieser schwierigen Situation. Das derzeitige Vorgehen der NATO-Staaten gefährdet die Friedensordnung in Europa. Und Deutschland ist immer mitten drin. Die

fremdinstallierte neue Regierung in der Ukraine wird sofort anerkannt, obwohl sie faschistische Elemente enthält. Der Abschuss der Passagiermaschine wird ohne zu zögern den Russen angelastet und noch vieles mehr. Die mahnenden Gedanken der Altbundeskanzler Kohl, Schmidt und Schröder aber auch die reale Einschätzung der Situation von Platzeck werden ignoriert. Russland soll militärisch eingekreist und wirtschaftlich isoliert werden. Gewaltanwendung wird nicht mehr ausgeschlossen. Und die viel gepriesenen Medien machen diese Hetzjagd fleißig mit. Regierungspositionen werden nicht kritisch hinterfragt, nichts wird mit gesundem Menschenverstand

recherchiert. Übrigens, NATO-Vertreter sitzen überall in den Medien als Berater und als Wächter. So etwas erfährt man auch nicht aus der Zeitung.

Fortsetzung auf S. 3



Parlamentariertag in Neubrandenburg

Mehr dazu auf Seite 6



Das Erwerbslosenparlament tagte

Mehr dazu auf Seite 7



Klaus Blessing und der Sozialismus

Mehr dazu auf Seite 14

In dieser Ausgabe

Seite 2: Agrarpolitik
Seite 3: Neujahrsansprache
Seite 4: Rotfeder
Seite 4-5: Kinderarmut
Seite 6: Parlamentariertag
Seite 7: Regine Lück
Seite 8-9: DDR-Debatte

Seite 10: Antisemitismusdebatte
Seite 11: Marcel Eggert
Seite 12: Kurt Kaiser
Seite 13: Landkreis
Seite 14: Klaus Blessing
Seite 15: Veranstaltungen
Seite 16: Seniorensicherheit

Die vorliegende Ausgabe des KLARTEXT ist ein wenig textlastig geworden. Aber es geht um wichtige Themen, die uns LINKE beschäftigen oder beschäftigen sollten: Kinderarmut, Antisemitismus, Umgang mit der DDR-Geschichte. Der Landesparteitag in Güstrow (über den wir anders als versprochen erst im kommenden Jahr ausführlich berichten können) wird einen Leitantrag zur Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern verabschieden, der Parteivorstand hat ebenfalls wichtige Beschlüsse gefasst, die wir dokumentieren wollen. Sie bieten sicherlich Anlass für Diskussionen in den Basisorganisationen. Bleibt zu hoffen, dass wir im kommenden Jahr vor allem über unsere Maßnahmen gegen Kinderarmut reden und somit schon im Hinblick auf die Landtagswahl 2016 beweisen, dass wir uns um die Sorgen der Menschen in diesem Land kümmern und dafür die Beschäftigung mit uns selbst mal ein wenig zurückstellen.

KLARTEXT online

Gefeilsche auf dem Rücken von Flüchtlingen ist unwürdig

Zur Diskussion zum Umgang mit Flüchtlingen erklären das Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN, Katina Schubert, und der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn:

Die geschlossenen Vereinbarungen im Vorfeld der Bundesratssitzung und auch die Beschlüsse des Bundesrates selbst, liegen am unteren Ende dessen, was möglich und - vor allem - nötig gewesen wäre. Sie bedeuten kleinere Verbesserungen bei Zugang von Flüchtlingen zum Gesundheitswesen, bringen den Kommunen kurzfristig finanzielle Entlastung und, zwei Jahre nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes, den Flüchtlingen höhere Leistungen. Nichts davon ändert die Situation von Menschen auf der Flucht grundsätzlich zum Besseren. Nichts davon bringt uns einer „Willkommenskultur“ wirklich näher.

DIE LINKE fordert ein Ende des Gefeilsches um Zahlen und Aufnahmekontingente. Der Fokus darauf verstärkt nur die Kultur der Ablehnung und ermuntert zu rassistisch motivierten Protesten.

Die Menschen, ihr Leid und ihre Schick-

Das Meinungsspektrum in der Linkspartei ist ja sehr breit. Das zeigte auch die Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen in Lütten-Klein (siehe S. 1 und 3). Mit Interesse habe ich gelesen, dass überall in den Medien Vertreter der NATO als „Wächter“ sitzen. Darüber müssen wir in der Klartext-Redaktion einmal gründlich nachdenken.

Auf Seite 11 verabschiedet sich Marcel Eggert, der stv. Kreisvorsitzende der Rostocker LINKEN. Politisch und menschlich ein großer Verlust für unseren Kreisverband. Wir wünschen ihm viel Glück in seinem neuen Beruf und hoffen, dass er noch die Zeit findet, ab und zu einen interessanten Artikel für uns zu verfassen.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT, ein erholsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion. Die nächste Ausgabe des KLARTEXT erscheint im Februar.

sale gehören in den Mittelpunkt einer menschenrechtlich orientierten Flüchtlingspolitik. Für uns gehört dazu die vollständige Aufhebung der Residenzpflicht, ein Ende der Sammelunterkünfte, sofortiger und umfassender Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Sicherungssystemen sowie ein Ende des demütigenden Asylbewerberleistungsgesetzes. 200.000 Flüchtlinge bei 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sind kein Problem. Wir haben kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Rassismusproblem. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass Schweden bei einer Einwohnerzahl von rund 10 Millionen bereit ist, 80.000 Flüchtlinge aufzunehmen, diese sofort zu integrieren.

Die Regelungen zur Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit sind beschämend und schädlich für die Idee eines vereinten Europas für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer statt für Konzerninteressen.

Die Einschränkungen des Rechts auf Freizügigkeit und die Unterstellung, die Betroffenen wollten in die sozialen Sicherungssysteme einwandern, sind zurück zu nehmen. Stattdessen brauchen wir mehr und umfassende Beratung für von Lohndumping und Betrug betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus EU-Staaten.

Bernd Losand: Informelle Arbeitsgruppe Agrarpolitik im Landesverband gebildet

Am 25. Oktober haben sich fünf Genossinnen des Landesverbandes zusammengefunden, um explizit linke agrarpolitische Positionen zu diskutieren. Mittelfristiges Ziel dieser entstandenen Arbeitsgruppe ist die Belebung einer öffentlich transparenten innerparteilichen Diskussion um die Frage, wie sich DIE LINKE die Entwicklung des ländlichen Raumes vorstellt, wohl wissend, dass dies in erster Linie an wirtschaftliche Aktivitäten im ländlichen und ländlichsten Raum, sprich Landwirtschaft, Forst- und Fischwirtschaft gebunden ist.

MV gehört zu den am meisten landwirtschaftlich geprägten Regionen Deutschlands. Nicht zuletzt auch aufgrund einer sehr hohen Produktivität dieser Wirtschaftszweige und des die landwirtschaftlichen Rohstoffe verarbeitenden Gewerbes ist der Anteil an der Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern diesbezüglich deutlich höher als in den anderen Bundesländern. In den ländlichsten Gebieten mit ihrer geringen regionalen Wertschöpfung ist die Landwirtschaft oft auch die einzige Möglichkeit, die Daseinsvorsorge für die Kommunen abzusichern, ohne sie betriebswirtschaftlich zu überfordern. Davon abgesehen, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Landwirtschaft an sich nur eine Nebenrolle spielt, werden hier in M-V die Diskussionen um die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft vordergründig unter dem Aspekt des Naturschutzes, des Landschaftserhalts, der Schadstoffemissionen und des Tierschutzes sehr kontrovers und oft nicht ausreichend zielführend auf eine nachhaltige Entwicklung geführt. Die Mitgliedschaft der LINKEN stellt dabei durchaus einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in M-V dar.

Langfristig will die Gruppe linke agrarpolitische Positionen entwickeln und in die öffentliche Debatte einbringen, die einerseits eine Stärkung der Land-, Forst- und Fischwirtschaft im Lande und gleichzeitig die dauerhafte Erhaltung der einzigartigen Natur- und der Kulturlandschaft zum Inhalt haben. Beides ist nicht voneinander zu trennen. Regional praktizierte Landwirtschaft ist angewandte Ökologie. Von diesem Grundsatz aus lassen sich auch mögliche Fehlentwicklungen deutlich besser feststellen und abändern.

Sevim Dagdelen in Rostock - Fortsetzung

Fortsetzung von S. 1

Umfragen haben ergeben, dass die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht hinter Merkels Außenpolitik steht. Wir als linke Partei müssen unseren Friedenswillen überall kundtun und uns nicht beirren lassen. Wir sind eine Friedenspartei und so werden wir in der Bevölkerung auch wahrgenommen. Und das muss so bleiben. Übrigens ist der Friedenswille des Deutschen Volkes im Grundgesetz verankert. Und darauf müssen wir pochen.

In den lebhaften Diskussionen wurde immer wieder auf die Einigkeit und auf die Wahrheitstreue unserer Partei hingewiesen. Nachhaltig waren die Diskussionsbeiträge vor allem unserer älteren Genossen. Viele Genossen machen sich Sorgen um die Zukunft Deutschlands. Denn die kennen die NS-Zeit noch aus eigenem Erleben. Wir dürfen nicht nachlassen, uns mit politikmüden Menschen auseinander zu setzen. Vor allen unsere Jugend muss von uns erreicht werden. Wer wenn nicht wir „DIE LINKE“ kann das am besten tun.

Politisches Denken und Handeln ist kein Selbstläufer.

Ich habe die Genossin Sevim Dagdelen als eine sehr kompetente und engagierte junge Frau wahrgenommen. Der Gedankenaustausch mit ihr war eine gelungene Veranstaltung. Der Beifall und die Blumen zeigten mir, dass alle anderen in der Saal genauso dachten.

Jürgen Hähnel

„Neujahrsansprache“

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2014 geht zu Ende. Wir blicken zufrieden auf dieses Jahr zurück, denn es war ein gutes für die Rostocker LINKE. Bei der Kommunalwahl im Mai erzielten wir ein hervorragendes Ergebnis – darauf können wir alle stolz sein. Es ist der gerechte Lohn für jahrelange Politik im Interesse der Menschen, aber auch Verpflichtung für uns, diesen Weg weiter zu gehen. Unsere Bürgerschaftsfraktion hat viele neue Gesichter, die sich mit großem Elan in die kommunalpolitische Arbeit gestürzt haben; auch in den Ortsbeiräten ist unsere Partei nun stärker vertreten als zuvor. **Unsere Mandatsträger haben immer ein offenes Ohr für Eure Fragen und Anregungen.**

Mit großer Freude sehen wir die Arbeit der vielen jungen Genoss*innen, so dass uns um die Zukunft der Rostocker Linkspartei nicht bange ist. Für eine erfolgreiche politische Arbeit brauchen wir aber die Mitarbeit aller Genoss*innen – egal ob Alt oder Jung. Es ist keine hohle Phrase, wenn

wir sagen, dass unsere Mitglieder unsere Stärke sind. Das hat nicht zuletzt der Kommunalwahlkampf gezeigt. **Für Euer Engagement möchten wir uns ganz herzlich bedanken.**

Wir hoffen, dass Steffen Bockhahn bald seine Arbeit als Sozialsenator aufnehmen kann. Rostock braucht einen kompetenten und durchsetzungsstarken Sozialsenator, der z.B. die Herausforderung annimmt, die Kinderarmut in Rostock zu bekämpfen. Unsere Kampagne gegen Kinderarmut geht weiter, und die zahlreichen Vorschläge unserer Partei (siehe S. 4 und 5) zeigen, dass DIE LINKE nicht nur Missstände anprangert, sondern realistische Alternativen anzubieten hat. Das können wir auch deshalb, weil unsere Partei über ihre Mitglieder tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Wir müssen mit den Bürger*innen im Gespräch bleiben, bei ihnen für unser Programm werben, aber uns auch für Themen öffnen, die in der Gesellschaft diskutiert werden. Unsere Diskussionsveranstaltung mit Katja Kipping zum Bedingungslosen Grundeinkommen war in dieser Hinsicht ein großer Erfolg.

DIE LINKE ist in der Tat eine diskussionsfreudige Partei. Das ist manchmal anstrengend, aber häufig auch inspirierend. Für die Arbeit und das Ansehen unserer Partei ist es von größter Wichtigkeit, dass wir uns kulturvoll streiten, dass trotz aller Meinungsverschiedenheiten die Einheit der Partei gewahrt bleibt und wir gestärkt aus jeder Kontroverse herausgehen. Dafür wird sich der Kreisvorstand auch im Jahr 2015 einsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, im Namen des Kreisvorstandes möchten wir uns bei allen bedanken, die mit ihrem persönlichen Einsatz auf vielfältige Weise die Arbeit der Rostocker LINKEN unterstützen. Wir wünschen Euch erholsame Feiertage, Gesundheit, Wohlergehen und ein wachsames Auge für die Ungerechtigkeiten in der Welt.

Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin
Kreisvorsitzende DIE LINKE. Hansestadt Rostock



Hände weg vom Volkstheater!

Anfang November zeigten Hunderte Theaterfreunde vor dem Rathaus ihren Protest gegen drohende Spartenschließungen am Volkstheater. Mit dabei waren viele Genossinnen und Genossen.

Nun ist es offiziell: Der Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, Roland Methling, will zwei Sparten am Volkstheater schließen. Eine entsprechende Vorlage für die Bürgerschaft sieht vor, die Bereiche Tanz und Musiktheater einzustampfen und Stellen zu streichen. Nicht nur die Rostocker LINKE ist zudem empört darüber, dass zuerst die Bürgerschaft diese Umstrukturierung beschließen soll und danach würde erst eine Bürgerbeteiligung folgen.

Der Kampf für den Erhalt aller vier Sparten wird die Rostocker LINKE auch im Jahr 2015 beschäftigen.



Rotfeder und die Alpträume

Jetzt weiß ich, warum der Albtraum manchmal auch mit P geschrieben wird, also Alptraum genannt wird, denn ich hatte kürzlich einen ganz fürchterlichen, der mit den Alpen zu tun hatte. In der Wikipedia erfährt man, dass der Alldruck veraltet auch Nachtmahr (englisch *nightmare*) oder auch Nachtschaden genannt wird und ein Traum sei, der von negativen Emotionen wie Angst und Panik beim Träumenden begleitet wird. Das muss ich bestätigen. Der Traum kann dabei bedrohliche, aber durchaus auch banale Situationen enthalten. Oh ja, wie wahr!

Oft vergisst man ja seinen Traum ganz schnell, und das ist auch gut so. Dieser Traum allerdings verfolgt mich noch immer und ich muss ihn euch erzählen:

In meinem Traum schwamm ich wieder einmal von Norden kommend durch die Ostsee in Richtung Warnow. Als das Wasser süßer wurde und ich dem kleinen Fischerort näher kam, erblickte ich aber nicht wie

sonst Teepott und Leuchtturm sondern einen Alpengipfel und eine Almhütte. Die Warnemünder Wahrzeichen waren mit Stoffbahnen verhüllt, die von ehemaligen Theaternalern mit Felsen und Gipfelschnee bemalt worden waren. Krachlederne Hüttengaudi quoll aus der Berghütte, die von entlassenen Künstlern des Musiktheaters bei 1-Euro-Jobs erzeugt wurde. Das alte Fährbecken war zugeschüttet und an seine Stelle eine Sprungschanze gebaut worden, die noch von einem Hochhaus auf der Mittelmole überragt wurde, um das sich eine Rodelbahn spiralförmig wand.

In panischer Angst schwamm ich so schnell wie ich nur irgend konnte die Warnow aufwärts, um zu sehen, was sich noch alles verändert haben würde. Und tatsächlich – das Traditionsschiff war auch zu einem Alpengipfel umgestaltet worden, damit es besser zum IGA-Park passt, als es ein technisches Museum jemals könnte. In der Ruine der Messehalle sprangen Gäm-

sen munter umher.

Aus dem Rostocker Stadthafen waren alle maritimen Spuren getilgt, und der Straßenverkehr war in Tunnel verlegt worden, so dass zwischen den Häusern Platz für Weinberge geschaffen war.

Ich begriff, dass das nur ein Traum sein konnte. Ich riss mich aus dem Schlaf und fing meinen Besuch von vorn an: Ich schwamm also noch einmal von Norden in Richtung Warnemünde - und sah eine Almhütte...

War es vielleicht doch kein Traum?

Das befürchtet eure Rotfeder



Kampf gegen die Kinderarmut

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern versucht im Rahmen einer Kampagne die Öffentlichkeit für das Thema Kinderarmut in unserem Bundesland zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck wurde erstmals systematisch der aktuelle Stand dieses Problems analysiert, um dann auf dieser Basis konkrete Maßnahmen zur Behebung der Missstände vorzuschlagen. An dieser Stelle können wir nur einen kleinen Ausschnitt aus diesem Material dokumentieren. Für ausführliche Informationen wendet Euch bitte an die Kreisgeschäftsstellen.

1. Aktueller Stand

Als armutsgefährdet gelten Personen, die weniger als 60 % des mittleren bedarfsgerichteten Nettoeinkommens zur Verfügung haben. Das Armutsrisiko für Kinder in Deutschland liegt zwischen 11,7 % in Bayern und 33,7 % in Bremen. Mecklenburg-Vorpommern rangiert im Bundesvergleich mit 33,5 % nach Bremen an zweiter Stelle und ist damit das Flächenland mit dem größten Armutsrisiko für Kinder in Deutschland. So sind über 25 % der unter 15jährigen auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Den höchsten Anteil von rund 30 % weisen die Städte Rostock und Schwerin

auf. Auch in MV wird deutlich, dass das Risiko relativer Armut ausgesetzt zu sein für Alleinerziehende deutlich größer ist. Während dieses Risiko für Haushalte mit zwei Personen ohne Kindern bei 11,5 % liegt, sind Haushalte mit einem Erwachsenen und einem bzw. mehreren Kindern einem Risiko von 58,1 % ausgesetzt.

Rostock wächst wie keine andere Region in Mecklenburg-Vorpommern. Dies ist neben dem Zuzug auch den gestiegenen Kinderzahlen zu verdanken. Während 2009 in der Hansestadt 20.346 Kinder unter 15 Jahren lebten, sind dies im Jahr 2012 knapp 2.000 mehr. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in SGB-II-Bezug gesunken. Über 6.500 Kinder waren dies 2009, 2012 waren es knapp 6.400 Kinder. Diese im Grundsatz erfreuliche Entwicklung wird jedoch davon getrübt, dass die Zahl der hilfebedürftigen Kinder absolut seit 2011 wieder steigt. Zudem ist es so, dass der Rückgang des Transferleistungsbezugs bei unter 15jährigen im Vergleich zu Hilfeempfängern, die über 15 Jahre alt sind, bescheidener ausfällt. Während zwischen 2009 und 2012 die Zahl der jugendlichen und erwachsenen Hilfeempfänger auf knapp 89 % fiel, sank die Zahl der Kinder, die auf Unterstützung angewiesen sind, um weniger als 3 %. Kinderarmut sinkt damit spürbar langsamer als es bei

Jugendlichen und Erwachsenen der Fall ist.

2. Maßnahmen gegen Kinderarmut

Es ist notwendig durch eine aktive Familienpolitik Eltern in ihrer Verantwortung zu unterstützen und durch staatliche Interventionen allen Kindern gleiche Entwicklungsperspektiven zu ermöglichen, sodass sie als Erwachsene keinen Spätfolgen ausgesetzt sind, die ihren Ursprung in der Kindheit haben. Der Landesparteitag vom 6.12. wird einen Maßnahmenplan gegen Kinderarmut beschließen, der im April 2015 auf einer Kinder- und Jugendkonferenz mit interessierten Bürgern, Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe und Vertretern der Fachöffentlichkeit beraten werden soll. Die Vorschläge des Maßnahmenplans sollen im Internet der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden.

- Verbesserung des Gesundheitszustandes der Kinder: Ziel muss es bleiben, dass alle Kinder und Jugendlichen vom ersten bis zum 18. Lebensjahr regelmäßig gesundheitlich und zahnmedizinisch untersucht und gesundheitsfördernde Empfehlungen an die Kinder und deren Eltern ausgesprochen werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

- Bessere Bildung: Bildung ist ein Schlüssel zur Überwindung der Kinderarmut. Es sind politische Maßnahmen durchzusetzen, die zu höheren Schulabschlüssen und weniger Schulabbrechern führen. Eine jährliche Neueinstellung von 200 Lehrerinnen und Lehrern ist notwendig. Es sind die Rahmenbedingungen für einen Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens bis einschließlich der 8. Klasse zu schaffen. Eine für Kinder und Eltern kostenlose Mittagsversorgung in den Schulen ist einzuführen. Schulsozialarbeit ist schrittweise auszubauen, sodass jeder weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schule mindestens eine Stelle Schulsozialarbeit zur Verfügung steht.

Der Anspruch auf einen Ganztageskitaplatz ist für alle Kinder von 1 bis 6 Jahren und unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern auszuweiten. Der Finanzierungsanteil der Eltern wird durch das Land übernommen, der Kitabesuch muss perspektivisch kostenfrei werden. Die vollwertige und gesunde Verpflegung ist für die Eltern kostenfrei.

- Soziale Infrastruktur: Gerade Haushalte mit geringem Einkommen sind auf ein gut funktionierendes Netz an staatlicher Infrastruktur angewiesen. Diese Grundversorgung mit Dienstleistungen, mit sozialen und kulturellen Angeboten ist die Basis für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und muss deswegen erhalten bzw. ausgebaut und ein kostengünstiger oder kostenloser Zugang gesichert werden.

Kindern sollen alle staatlichen außerschulischen Bildungsangebote kostenlos nutzen dürfen. Für die Nutzung von staatlichen, privaten und gemeinnützigen Freizeitangeboten ist ein „Familienpass M-V“ zu vereinbaren, der die Kostenschwelle für Familien senkt. Ein weiterer Abbau von Angeboten des Nahverkehrs darf nicht stattfinden. Stattdessen ist ein für Kinder und Jugendliche bedarfsgerechtes Verkehrsangebot vorzuhalten. Der Öffentliche Personennahverkehr ist für Kinder unter 15 Jahren kostenfrei zu gestalten.

Erziehungsberatungsstellen sind flächendeckend auszubauen und damit die Basis für unterstützende Beratung ab dem zweiten Lebensjahr von Kindern zu schaffen. Familienferien sind diskriminierungsfrei durch das Land zu unterstützen und in Familienhilfen einzubetten. Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VII ist durch das Land als Pflichtaufgabe anzuerkennen und entsprechend zu finanzieren.

- Einkommen: Es gibt eine Vielzahl von materiellen Gütern und Dienstleistungen, die

nicht staatlich finanziert werden. Deswegen ist es fünftens erforderlich die finanzielle Situation von Familien zu verbessern. Der Arbeitsmarkt ist grundlegend mit dem Ziel zu reformieren, dass Erwerbstätige von ihrem Einkommen auch leben können. Insbesondere für Langzeitarbeitslose, deren Arbeitskraft auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht nachgefragt wird, sind existenzsichernde Beschäftigungsmaßnahmen auszuweiten. Die diskriminierenden und nicht armutsfesten Hartz-IV-Regelsätze für Kinder sind abzuschaffen und durch ein bedarfsabhängiges System der Kindergrundsicherung einzuführen. Diese ist am verfassungsrechtlichen Existenzminimum von Kindern zu orientieren und auch auf bedürftige Familien außerhalb des Hartz-IV-Bezuges auszuweiten. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung sind die Regelsätze für Kinder und Jugendlichen nach dem SGB II bedarfsgerecht, auf die jeweiligen besonderen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen bezogen, zu ermitteln und auszuführen.

3. Fazit

Mit diesem Maßnahmenplan „Wege aus der Kinderarmut“ wählt DIE LINKE bewusst einen umfassenden Ansatz. Kinderarmut ist ein komplexes Problem, viele Ursachen sind anzugehen. Uns ist dabei völlig bewusst, dass dies die Entscheidungskompetenzen eines Bundeslandes überschreitet. Grundsätzliche politische Entscheidungen sind zur Bekämpfung von Kinderarmut auf Bundesebene zu treffen. Und die Gesellschaft insgesamt wird für sich die Frage beantworten müssen, inwieweit ein Umverteilungsprozess in Gang gesetzt wird, an dessen Ende eine Mehrbelastung von Kapitalerträgen, hohen Einkommen und Kinderlosen steht.

Der akademische und politische Streit, inwieweit öffentliche Mittel besser für Direktzahlungen, wie dem Kindergeld oder für eine Betreuungsinfrastruktur, verwendet werden, wird den realen Erfordernissen nicht gerecht. Es ist nicht sinnvoll sich auf eine Seite zu schlagen, da der Bedarf bei Familien sowohl für das eine als auch für das andere vorhanden ist. Das öffentliche Interesse an einem gut ausgebildeten Nachwuchs begründet einen veränderten Stellenwert von Familien, der sich in einer hervorragenden vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildungsinfrastruktur niederschlagen muss. In diesem Zusammenhang ist für uns auch wichtig festzustellen, dass Sozialpolitik keine abschließliche Verpflichtung zu politischen

Handeln für die unteren 20 % der Einkommensbezieher ist. Vielmehr gilt es das verfassungsrechtliche Existenzminimum nicht dadurch ad absurdum zu führen, dass der Staat sich die entgangenen Lohnsteuereinnahmen von den Familien über die Beteiligung an Ausbildungs- und Erziehungskosten wieder hereinholt. Sozialpolitik reicht für DIE LINKE weit in den Mittelstand hinein. Eine staatliche Abwrackprämie für Autos bei gleichzeitig erhobenen Kita-beiträgen ist für uns Ergebnis einer schrägen politischen Schwerpunktsetzung. Das Sozialstaatsgebot und die Verpflichtung, Kindern von Hilfebedürftigen in der Umgebung von Nicht-Hilfeempfängern eine vergleichbare Teilhabe bieten zu können, macht wiederum auch eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung jener Familien erforderlich. Diesen Familien ist dadurch die Gewissheit zu geben, dass auch sie gebraucht und nicht vergessen werden. Allen Menschen in Deutschland kann nicht nur das Überleben gesichert werden, sondern ihnen ist eine echte Lebensperspektive zu eröffnen. Ihnen ist die Würde zurückzugeben.

Dem vorliegenden Maßnahmenkatalog liegen vier zentrale Handlungsfelder zu Grunde: Gesundheit, Bildung, Infrastruktur für Familien sowie die Einkommenssituation. Diese sind nicht isoliert voneinander zu betrachten. Vielmehr greifen die Maßnahmen der Felder ineinander. Der Öffentliche Gesundheitsdienst kann mit seinen Vorsorgeuntersuchungen Entwicklungsstörungen feststellen, aber nicht beheben. Familien brauchen ein ausreichendes Einkommen, um sich gesund verpflegen zu können. Ein hervorragendes Bildungsangebot kann vorgehalten werden, Kinder werden darin aber eher eine Chance zur Selbstverwirklichung sehen, wenn sie in ihren Eltern Vorbilder haben, die gleichfalls durch ihrer Hände Arbeit das Familieneinkommen sichern können. Eine Erhöhung der finanziellen Zuwendungen für Familien wird für die Kinder wirkungslos bleiben, wenn Eltern in ihren Erziehungsaufgaben nicht unterstützt und begleitet werden. Insofern ist der eine Schlüssel zur Überwindung von Kinderarmut Illusion, es braucht den umfassenden Ansatz. Dafür wollen wir uns auf allen politischen Ebenen einsetzen und Verbündete in der Gesellschaft suchen.

Quellen: Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern Teil I – Eine Analyse; Antrag an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages (Auszüge; der vollständige Antrag ist in den Kreisgeschäftsstellen erhältlich)



3. Parlamentariertag in Neubrandenburg

An einem grauen Novembertag ging es in die 4-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 3. Parlamentariertag des Kommunalpolitischen Forums MV e.V. und der Fraktion DIE LINKE im Landtag MV. Nach den Begrüßungsworten von Jeannine Rösler, Helmut Holter und Toni Jaschinski gab es eine Rede von Dr. Reinhard Dettmann (Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages MV und Bürgermeister der Stadt Teterow). Dettmann meinte u.a., dass es keine Zwangsfusionen nur wegen der Gemeindegröße geben sollte. Weiter sprach er von der Stärkung der Grund- und Mittelzentren.

Anschließend gab es eine Gesprächsrunde von Eva-Maria Kröger, Vorsitzende der Linksfraktion in der Rostocker Bürgerschaft, mit Angelika Gramkow, Oberbürgermeisterin von Schwerin und Dr. Barbara Syrbe, Landrätin von Vorpommern-Greifswald. Danach

folgte eine Rede von Kerstin Kassner zum Länderfinanzausgleich. Nach der Mittagspause gab es Workshops zur Willkommenskultur, Energiewende und zur Gemeinde der Zukunft. Ich war beim Workshop Gemeinde der Zukunft: Es gibt heute in den Städten und Gemeinden große Herausforderungen. Zum Beispiel die Gemeindefinanzen, die Gemeindestrukturen und den Demografischen Wandel.

Am Ende gab es eine Zusammenfassung der Workshops im Plenum. Mein Fazit: Es war wieder eine gelungene

Veranstaltung mit interessanten Gesprächen und Erfahrungsaustausch.

Christian Teske

Und hier noch ein paar Eindrücke von Jeannine Rösler, MdL und stv. Landesvorsitzende (Quelle: Newsletter DIE LINKE.MV):

Bereits zum 3. Mal trafen sich am 22. November kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN aus ganz Mecklenburg-Vorpommern; viele Leute,

die für die LINKE kandidiert haben oder sich einfach für Kommunalpolitik interessieren. Auch viele Abgeordnete des Landtages als auch des Bundestages waren wieder dabei. Mit Fug und Recht können wir behaupten, dass sich das Format des Parlamentariertages bewährt hat und sich so auf dem Weg zu einer guten Tradition befindet. Inzwischen wurde es gar von unseren sächsischen Genossinnen und Genossen „kopiert“. Die diesjährige Co-Produktion von Linksfraktion im Landtag und dem Kommunalpolitischen Forum M-V stand unter dem Zeichen einer kommunalen Willkommenskultur für Flüchtlinge. Da lag es nahe, dies auch stimmungsvoll zum Ausdruck zu bringen. Dafür sorgte lautstark und begeistert eine multikulturelle Trommelgruppe aus Neubrandenburg.

Etwas ruhiger, aber sicher nicht weniger temperamentvoll, ging es in einer frau-

für alle, wissen wir doch, dass immer mehr Menschen infolge von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen aus ihrer Heimat fliehen, oft gezwungen sind, alles zurückzulassen.

Wir beschäftigten uns in einem weiteren Workshop mit Gemeindestrukturen und mit Strategien, wie Daseinsvorsorge auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels gesichert werden kann. Dabei sind wir uns als LINKE einig, dass der Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung ein hohes Gut ist, das es zu verteidigen gilt. Bereits heute können wegen der desolaten Haushaltslage wichtige Aufgaben, wie Kultur, Sport- und Jugendförderung, aber auch dringende Investitionen kaum noch wahrgenommen werden. Für uns ist dies eine ernsthafte Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung. Nicht weniger spannend gestaltete sich der Workshop



energiewende spüren und anerkennen. Für uns gilt deshalb mehr denn je: Diejenigen, die die Anlagen ertragen müssen, müssen auch den Ertrag haben! Wir haben uns verabredet, an den Themen weiterzuarbeiten, um Ergebnisse der Diskussionen in diesem und im nächsten Jahr in die Weiterentwicklung unseres LINKEN-Leitbildes MV 2020+ einfließen zu lassen.

enstarken Gesprächsrunde mit Schwerins Oberbürgermeisterin, Angelika Gramkow, der Landrätin von Vorpommern-Greifswald, Bärbel Syrbe, und der Vorsitzenden der Rostocker LINKEN-Bürgerschaftsfraktion, Eva Kröger, zu. In den Workshops am Nachmittag wurden etwa Erfahrungen darüber ausgetauscht, wie in den Kommunen Flüchtlinge begleitet und untergebracht werden, aber auch wie mit Problemen umgegangen wird. Land und Kommunen müssen hier Hand in Hand arbeiten, damit eine wirkliche Willkommenskultur entstehen kann – eine große Herausforderung

unter dem Titel: Energiewende von unten: Kommunen zwischen den Stühlen? Er befasste sich mit einer durchaus komplexen und in den Kommunen sehr umstrittenen Thematik. Für uns ist klar, die Erneuerbaren Energien sind eine Riesenchance für das Land. So weit so gut. Aber damit dieser Slogan mit Leben erfüllt werden kann, brauchen wir praxistaugliche Instrumente, die es ermöglichen, dass die Menschen in den Kommunen die Chance der

energiewende spüren und anerkennen. Für uns gilt deshalb mehr denn je: Diejenigen, die die Anlagen ertragen müssen, müssen auch den Ertrag haben!

Wir haben uns verabredet, an den Themen weiterzuarbeiten, um Ergebnisse der Diskussionen in diesem und im nächsten Jahr in die Weiterentwicklung unseres LINKEN-Leitbildes MV 2020+ einfließen zu lassen.

Auf dem Foto: Delegation des Landkreises Rostock

Erwerbslosenparlament

Anlässlich des 17. Erwerbslosenparlamentes am 7. November 2014 hielt Regine Lück als Vizepräsidentin des Landtages ein Grußwort. Das Thema der Konferenz lautet: „Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit – Hemmnisse und Chancen für eine wirklich aktive Arbeitsmarktpolitik“.

Im gesamten Bundesgebiet und auch auf dem lokalen Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern sind wir mit einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert. Insbesondere Menschen mit Vermittlungshemmnissen haben kaum eine realistische Chance, Arbeitsstellen auf dem regulären Arbeitsmarkt zu erhalten und ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu verdienen.

Grundgedanke eines sozialen Arbeitsmarktes ist die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Arbeit ist eben nicht nur eine Frage des Geldverdienens und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, sondern beeinflusst Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen. Mit der Einbindung ins Arbeitsleben vervielfältigen sich soziale Kontakte,

Selbstsicherheit und Selbstachtung können wachsen.

Wir Politiker stehen in der Pflicht, die wirtschaftspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen und zu gestalten. Ziel muss dabei die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen mit guten Löhnen und fairen Arbeitsbedin-

gigkeiten und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten mit Nachdruck an die Bundesregierung heran, bringen Sie es in Bundestagsfraktionen, den Bundesrat und die Bundesagentur für Arbeit ein!

Machen Sie sich stark dafür, dass die für unser Land passenden Ansätze, Programme und Förderinstrumente bei der Entwicklung von Bundesprogrammen und

Bundesgesetzen in den laufenden Beratungen angemessen berücksichtigt werden!

Das Erwerbslosenparlament fordert die Partner des Fachkräftebündnisses auf:

Nehmen Sie das Thema Langzeitarbeitslosigkeit mit oberster Priorität auf die Agenda des Fachkräftebündnisses Mecklenburg-Vorpommern!

a) Entwickeln Sie geeignete Ansätze, Maßnahmen, Förderinstrumente sowie Kooperationen, um die Langzeitarbeitslo-

sichtigkeit durch Integration der Betroffenen in sozialversicherungspflichtige Arbeit nachhaltig zu senken!

b) Entwickeln Sie darüber hinaus geeignete Ansätze, Maßnahmen, Förderinstrumente sowie Kooperationen für die verbesserte gesellschaftliche Teilhabe und soziale Begleitung von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern!



gungen sein und bleiben. Initiativen wie die des Erwerbslosenparlamentes stellen dabei eine wichtige Unterstützung dar. Im Anschluss die Forderungen des Erwerbslosenparlamentes.

Das Erwerbslosenparlament fordert die Landesregierung und alle demokratischen Fraktionen im Landtag auf:

Tragen Sie das Thema Langzeitarbeitslo-

LYRIK

Das folgende Gedicht widmet die Redaktion Roland Jahn, dem Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde

Turnvater Jahn (von Jürgen Riedel)

politisch mit Rolle vorwärts
in zugestaubter Zeit
schlägt vor Zorn Salto mortale
unter der Erde
seitdem er weiß
gesinnungsmodriger Träger seines Namens
entwertet diesen:
alles an der DDR
wäre Rolle rückwärts

Schneckenprofillos (von Jürgen Riedel)

Trittspur der zartrosa Gedankenschritte
von Politikern der PSPD
(Pseudosozialistische Partei Deutschlands)
vertrocknet wie Anrede Genosse
Ausnahme: Gabriel
mit Schleimspur



Debatte zur DDR-Geschichte

Es gibt keine Gewissheiten, aber immer Alternativen (Beschluss des Parteivorstandes vom 29. November 2014)

„Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit.“

Vor mehr als einer halben Million Menschen sprach Stefan Heym am 4. November 1989 diese Worte auf einer Kundgebung, zu der Berliner Theaterschaffende aufgerufen hatten. Es war nicht das erste Mal in diesen Herbsttagen, dass Bürgerinnen und Bürger von ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch machten, aber es war die größte Demonstration, die die DDR jemals erlebt hatte und erleben sollte.

Noch wenige Wochen zuvor beging die SED-Führung mit viel Pomp den 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Längst jedoch war das System des real existierenden Sozialismus in Auflösung. Seit Wochen verließen Tausende das Land, ihr Land, und kehrten diesem System den Rücken. Am 9. Oktober 1989, zwei Tage nach den Jubiläumsfeierlichkeiten, versammelten sich Zehntausende in Leipzig, um friedlich gegen die Politik der Partei- und Staatsführung zu protestieren.

Der real existierende Sozialismus scheiterte nicht zuerst an äußeren Umständen, sondern an seinen eigenen inneren Widersprüchen, an seinen Fehlern und Verbrechen, an Unfreiheit und ideologischem Dogmatismus, an seiner wirtschaftlichen Ineffizienz – und auch nicht nur in der DDR, sondern zugleich in zahlreichen anderen Ländern, vor allem auch in der UdSSR. Schon Jahre zuvor gelang es der SED nicht mehr, eine Mehrheit der Menschen in der DDR von der Richtigkeit ihrer Politik ernsthaft zu überzeugen. Im Herbst 1989 hatte sie auch das letzte Vertrauen verspielt.

Die Menschen in der DDR gingen auf die Straßen, weil sie das Gefühl hatten, ihnen fehle die Luft zum Atmen. Sie hatten sich für Demokratie und Selbstbestimmung entschieden und gegen einen Staat, der zwar für ein gewisses Maß an sozialer Sicherheit sorgte, aber ihnen in wichtigen Bereichen das Recht absprach, für ihr Land und ihre persönliche Entwicklung selbstbestimmt Entscheidungen zutreffen. Vielen erschienen die Entwicklungen in der

damaligen Sowjetunion, die mit den Begriffen Glasnost und Perestroika verbunden waren, als Vorbild für einen ähnlichen politischen Prozess in der DDR. Dies alles geschah in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und dies alles geschah friedlich.

25 Jahre später dankt DIE LINKE – nicht zum ersten Mal – diesen mutigen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Zivilcourage. Sie tut dies in dem Wissen darum, dass sich dieser Protest gegen die Politik der SED richtete, also gegen eine politische Praxis, für die zwar die meisten heutigen Mitglieder der Partei DIE LINKE keine persönliche Verantwortung tragen, der sich die Partei jedoch insgesamt bis heute zu stellen hat. Die Entschuldigung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der DDR und der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System – ausgesprochen auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 – wirken bis heute nach. Für DIE LINKE heißt es darum: Kein Sozialismus ohne Freiheit, kein Sozialismus ohne Demokratie.

Der Herbst des Jahres 2014, 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution, sollte Anlass sein zu erinnern, aber auch auf die gesellschaftlichen Zustände heute zu schauen, hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus. Er ist Anlass, an die Hoffnungen der Menschen, an den Aufbruch zu erinnern – und es ist gleichzeitig Zeit danach zu fragen, wie es heute um Freiheit und Gerechtigkeit bestellt ist. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Heute zeigt sich überdeutlich, dass die Gesellschaft durch tiefe, dem Kapitalismus eigene Widersprüche gekennzeichnet ist. Offensichtlich bringt er keine Lösung für die zentralen Zukunftsfragen wie sozialen Zusammenhalt und gesellschaftlichen Fortschritt, Demokratie, Umwelt und Frieden.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind der Auffassung, dass sie ohnehin keinen Einfluss mehr auf politische Prozesse nehmen können, weil mächtige wirtschaftliche Interessen, mediale Macht und politische Ignoranz dies unmöglich machen. Dazu kommt eine sehr reale Basis für gesellschaftliche Ausgrenzung, Armut verfestigt sich, soziale Unsicherheit ist bis weit in die so genannte Mitte hinein schon lange kein Fremdwort mehr. Für DIE LINKE ist die (Wieder-) Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten in demokratische Prozesse eine entscheidende Zielstellung. Wir wollen sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern,

anstatt Spaltung zu vertiefen.

Die Teilung Deutschlands und die Gründung zweier deutscher Staaten 1949 standen sinnbildlich für die Spaltung Europas nach 1945 – sie waren gleichermaßen undenkbar ohne die furchtbaren Verheerungen des II. Weltkrieges, der von deutschem Boden entfesselt wurde. Die Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 und unser antifaschistisches Erbe bleiben dauerhafte Verpflichtung für DIE LINKE. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 war auch von der Hoffnung auf eine Überwindung nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Teilung getragen.

Über viele Jahrzehnte bedeutete der Prozess der europäischen Integration friedliche Nachbarschaft und wirtschaftliche Kooperation einstmals verfeindeter Staaten. Doch kriegerische Auseinandersetzungen sind wieder zurückgekehrt nach Europa, an den Außengrenzen der Europäischen Union sterben Jahr für Jahr tausende Flüchtlinge. Der reiche Norden und der arme Südosten prägen europäische Realität. Wir wollen Mauern überwinden, statt neue zu errichten. Wir wollen Menschen hier bei uns willkommen heißen, Schutzbedürftigen Schutz gewähren statt abzuschieben, Solidarität üben statt auf Kosten anderer zu leben. Auch dies ist für uns eine Lehre der jüngeren Geschichte.

„Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen...“ So hieß es in einem Text des Neuen Forums, einem zentralen Anker des demokratischen Protestes gegen die Verhältnisse in der DDR, im Jahre 1989. Vieles davon hat nichts – wenn auch heute unter gänzlich anderen Bedingungen – an Aktualität verloren.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Die Friedliche Revolution war getragen von den Hoffnungen vieler Bürgerinnen und Bürger der DDR auf eine bessere Zukunft. Viele wurden erfüllt, manche bitter enttäuscht. Hoffnungen sind es, die zivilgesellschaftliches Engagement überall auf der Welt bis heute begründen – auf mehr Demokratie und soziale Rechte, auf persönliches Glück und ein selbstbestimmtes Leben. 1989 haben wir gelernt, es gibt keine Gewissheiten, aber immer Alternativen. Es lohnt sich, die großen Fragen zu stellen und Antworten zu geben, die vorhandene gesellschaftliche Veränderungspotenziale nicht unterschätzen. Als LINKE stehen wir nicht nur zu unserer historischen Verantwortung, sondern auch zu unserer politischen Konsequenz – dem demokratischen Sozialismus.

Sechs Mitglieder des Parteivorstandes gaben zu diesem Beschluss ein Minderheitsvotum ab:

Wir bedauern sehr, dass der Antrag heute keinen Beschluss zu fassen mit 14 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Es zeugt nicht von einem unkritischen Verhältnis zur DDR, festzustellen: Mit dem vorliegenden Beschluss wird die Linie einer sich am Zeitgeist orientierenden Einschätzung der DDR fortgesetzt. Weder entspricht diese Herangehensweise dem Erfurter Parteiprogramm noch maßgeblichen Aussagen Michael Schumanns in seiner vielzitierten Rede auf dem Sonderparteitag vor 25 Jahren.

Dort heißt es nicht zuletzt: *„Aber die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewissheit, dass sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben.“*

Sie haben dies getan:

- indem sie nach der Befreiung vom Nazi-

regime Faschismus und Militarismus überwunden haben, jedenfalls als die Gesellschaft beherrschende Erscheinung,

- indem sie vor allem auf gesellschaftlichem Eigentum in Industrie und Landwirtschaft beruhende Produktion organisierten, die zeitweise auch ein ansehnliches Wirtschaftswachstum zu gewährleisten vermochte,

- indem sie unter widrigen Bedingungen einen Volkswohlstand erarbeiteten, der zwar dem Vergleich mit den entwickeltsten Industrieländern nicht standhält, im Weltmaßstab aber im Vordergrund liegt,

- indem sie Bildungsschranken niederrißen, ein beträchtliches Ansteigen des Bildungsniveaus und der beruflichen Qualifikation ermöglichten und ein geistiges Klima schufen, in dem die Idee sozialer Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen gehört,

- indem sie ein soziales Netz und eine Gesetzgebung schufen, die niemanden in die Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, ins soziale Aus abgleiten läßt,

- indem sie mit Leistungen auf vielen Gebieten der DDR zu internationalen Ansehen verhalfen,

- indem sie dazu beitrugen, daß sich die DDR den Ruf eines Friedensstaates erwarb, in dem internationale Solidarität und Antifaschismus eine Heimstatt haben.

Dies und manches andere darf in der Kritik am Stalinismus nicht untergehen, nicht zuletzt darum, weil eine sachliche und vernünftige Analyse der Vergangenheit notwendig ist, um die Erneuerung einleiten zu können.

Die Menschen, die nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und sechs Jahren Krieg angetreten waren, um Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln zu beseitigen und eine antifaschistisch-demokratische und schließlich sozialistische Ordnung zu errichten, haben sich die Bedingungen ihres Wirkens wahrlich nicht aussuchen können.

Sie konnten entweder zuschauen, wie unser Volk ins Chaos versinkt, oder etwas Neues wagen. (...) Wenn trotz schwieriger Ausgangsbedingungen dennoch Bedeutendes zur sozialökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft geleistet wurde, volkseigene und genossenschaftliche Betriebe in Industrie und Landwirtschaft entstanden, wenn Menschen aus dem werktätigen Volk Verantwortung in Staat, Wirtschaft und Kultur übernahmen, wenn sich eine Gesellschaft mit unverwechselbaren Zügen herausbildete – so gehört das zu dem positiven Ertrag unseres Volkes und auch zu den Leistungen unserer Partei. Und, Genossinnen und Genossen, wir würdigen all jene, die sich selbstlos in jahrzehntelanger Arbeit für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt und Großes geleistet haben. Eine Erneuerung, die das vergäße, die träte mit einer neuen Unmoral an.“

Seit den einschlägigen Thüringer Debatten im Kontext mit dem Koalitionsvertrag gibt es an der Basis der LINKEN zahlreiche Unzufriedenheit und massenhafte Diskussionen. Eine vom Zeitgeist nicht unbeeinflusste Einschätzung unserer Geschichte werden von ungezählten Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Wählerinnen und Wähler nicht nur nicht geteilt, sondern als demütigend empfunden. Zu Recht.

Was immer der vorliegende Beschluss, – der unseres Erachtens, nach der gemeinsamen Erklärung der Parteivorsitzenden und Gregor Gysi vom 8. November 2014 keine Funktion mehr hat –, bewirken soll ist unklar. Klar ist, er setzt die Demütigungen fort.

Deshalb verweigerten wir ihm die Zustimmung. Das Ergebnis von 26 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen nehmen wir zur Kenntnis.

Arne Brix, Judith Benda, Ali Aldailami, Sabine Wils, Wolfgang Gehrcke, Johanna Scheringer-Wright

Danksagung

Es ist an der Zeit, dem Rechtsstaat endlich einmal zu danken. Früher mussten wir in einem Unrechtsstaat leben, in dem wir ständig Unrecht erlitten. Da gab es das Recht auf Arbeit – in der Verfassung festgeschrieben. Und es gab eine Verfassung, die nach einer langen öffentlichen Debatte in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Und es wurde uns noch viel anderes Unrecht angetan. Diese Verfassung verpflichtete uns nämlich zu einer „dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik“ (Art. 6 / 1). Es wurde uns zugemutet, eine komplett kostenlose medizinische Betreuung zu akzeptieren. Es gab tatsächlich kostenlose Bildung, unabhängig von finanziellen Betrachtungen und Leistungsvermögen der Eltern. Und das bis hin zur Universität. Selbst ein Stipendium musste ich annehmen.

In der Verfassung stand auch: „Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß werden als Verbrechen geahndet.“ (Art. 6 / 5)

Nun haben wir dieses Unrecht endlich aus der Welt. Eine Verfassung gibt es nicht, sondern ein von westlichen Besatzungsmächten verordnetes Grundgesetz. Die BRD (Rechtsstaat) beteiligt sich weltweit an Kriegseinsätzen, ein erheblicher Teil des Einkommens dient der Vermögensbildung von Ärzten und Apothekern, und Bildung ist wieder eine Herkunfts- und Vermögensfrage geworden. Aber der wichtigste Punkt für mich: Faschisten dürfen wieder öffentlich demonstrieren und werden von der Polizei des Rechtsstaates vor den anständigen Menschen geschützt, die sich ihnen entgegenstellen. Rechtsstaat – **nein danke!**

Peter Möller



Antisemitismusdebatte in der LINKEN

Handeln auf der Basis unserer programmatischen Grundsätze

Beschluss des Parteivorstandes vom 29. November 2014

Der Parteivorstand erwartet, dass jegliche Aktivitäten von Gliederungen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern unserer Partei grundsätzlich auf der Basis unserer programmatischen Grundsätze erfolgen.

Im Parteiprogramm der LINKEN heißt es: „Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahost-Konflikts im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen

und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen“ (Programm der Partei DIE LINKE).

Dieser programmatische Grundsatz schließt die Beteiligung an jeglichen Initiativen, Bündnissen oder Veranstaltungen aus, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Für uns als DIE LINKE in Deutschland verbieten sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte Boykottaufrufe gegen israelische Produkte. Der Zivilisationsbruch durch den Holocaust ist singulär und unvergleichbar.

DIE LINKE tritt entschieden gegen antisemitisches und rassistisches Gedankengut ein.

Wir wenden uns gleichzeitig gegen eine inflationäre Verwendung des Vorwurfs des Antisemitismus, mit dem jede Kritik an der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern diskreditiert werden soll. Umso wichtiger ist es, dass wir in Politik die nötige Trennschärfe aufweisen und dem pauschalisierenden Antisemitismusvorwurf

nicht durch eigene Handlungen oder Stellungnahmen Vorschub leisten. DIE LINKE lehnt jede Zusammenarbeit mit Kräften ab, die den Holocaust relativieren und damit in der Konsequenz verharmlosen.

Unsere Kritik an der israelischen Besatzungspolitik und die Bombardierung des Gaza-Streifens, an Menschenrechtsverletzungen, an der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik und an der Weigerung konstruktiv an einer Zweistaatenlösung mit einem souveränen palästinensischen Staat mitzuwirken erfolgt auf der Grundlage der Anerkennung des Existenzrechts Israels und einer klaren Abgrenzung zu antisemitischen Bestrebungen. Genauso kritisieren wir vor dem Hintergrund der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes die Verletzung von Menschenrechten und Terrorakte durch palästinensische Gruppierungen und Akteure. Für uns ist der Maßstab das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Konfliktparteien zu gelten hat.

DVD: Tag der offenen Tür TRADI Sanitz

Wie in den Jahren davor gab es auch 2014 wieder am 1. März den Tag der offenen Tür **TRADI SANITZ**. Eigentlich ein bekanntes Datum und inzwischen bei vielen Ehemaligen nicht nur der 43. FRBr „Erich Weinert“ ein fester Termin im Kalender. Wir hatten uns entschlossen, eine DVD über dieses Treffen zu erstellen. Es hat zwar ein „wenig“ damit gedauert, auch ein extra Fotodrucker zum Direktdruck des Labels wurde angeschafft, aber nun ist sie da. Die Nachfrage ist groß, über 20 Bestellungen sind bereits verschickt, auch persönliche Abholung ist schon erfolgt!

Bezug der DVD: Bei Interesse per e-mail bernd@kirchhainer.de bzw. über TRADI SANITZ Tel.Nr. 038209-799, Preis: 4,00 €/DVD & Versandkosten.

Ende Februar erschien in der „Ostsee-Zeitung“ eine Ankündigung zum Tag der offenen Tür TRADI SANITZ am 01.03.2014. Ein Sonnabend, der Besucherstrom war sehr groß. Schade für diejenigen, die sich wegen Erkrankung oder anderen zwingenden Gründen wieder abmelden mussten. Aber, es ja gibt ja wieder einen 01. März ... Die Tür zum TRADI war weit geöffnet, auch ein extra Lesezimmer mit Fotoalben, Chroni-

ken, Bücher usw. Um 09.30 Uhr kam Bodo aus Hennigsdorf, eigentlich hätte er zu diesem Zeitpunkt Sportzeug dabei haben müssen, danach Rudi Krolop aus Sanitz. Und ein TV-Team des MDR, wir hatten „Ja“ gesagt und nun waren sie da... Eine Erfahrung mehr mit den Medien, hier speziell mit öffentlich-rechtlichen. Zunächst eine Enttäuschung, aber wir haben es überwunden und sind offen. Ein Zeitdokument und - wie man mit Geschichte umgeht.

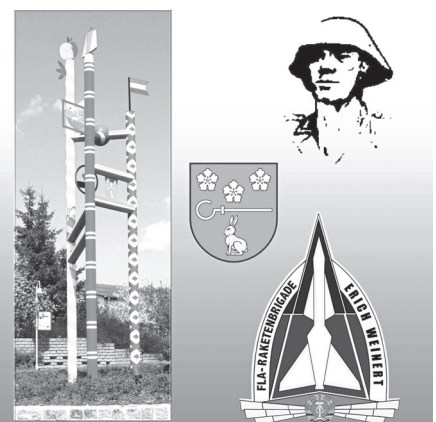
Es war wieder ein gelungener Tag! Wir bedanken uns ganz herzlich für Euren Besuch, hoffen, dass Ihr Euch wieder wie zu „Hause“ gefühlt habt und auch genügend Gelegenheit zu Gesprächen & Erinnerungen hattet. Die Parchimer „Truppe“ von der Gemeinschaft der 13er war wie jedes Jahr auch diesmal mit dabei. Wir haben uns auch gefreut, die Vorsitzenden des Militärgeschichtlichen Verein Dömitz e.V. und der Regionalgruppe Rostock begrüßen zu können.

Vielen Dank für Hannes ungebrochene Sammelleidenschaft und dass Ihr vor allem auch mitgemacht habt beim Spenden! Vielen Dank an Peter Kraus, der wie immer Brot & Kuchen sponserte und neben Hilfe bei der Essenausgabe auch noch Videoauf-

nahmen machte! Vielen Dank für die mitgebrachten Dokumente & „Gaben“ für das TRADI! Bis zum nächsten Tag der offenen Tür TRADI SANITZ im Jahre 2015, wir werden uns wieder was einfallen lassen!

Barbara & Bernd

„TRADI SANITZ“



Dauerausstellung über die 43.FRBr „Erich Weinert“
TRADI Sanitz, Schwarzer Weg 1,
geöffnet am 01. März
und nach Absprache unter Tel. 038209-799

Marcel Eggert verabschiedet sich

Liebe Genossinnen und Genossen, Meine Auffassung vom Amt des stellvertretenden Kreisvorsitzenden war in der Vergangenheit geprägt vom Anspruch, inhaltliche und vor allem praktische Arbeit zu verbinden und mit gutem Beispiel dabei tatkräftig voran zu gehen. Die stärkere Etablierung von Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Generationen, auch als junger Mensch, war eines meiner ersten Ziele. Eine weitsichtige und zukunftsfähige Etablierung von Ideen und ihres kommunikativen Transportes und vor allem die Bereitschaft Verantwortung mit und für euch in unserer Partei zu übernehmen waren mein Anspruch – und sind es bis heute.

Ich stelle persönlich hohe Anforderungen an mich und meine Arbeit, wenn ich mich auf ein Amt bewerbe. Schließlich möchte ich diesem die Kraft und Zeit widmen, die es verdient. Zum anderen stellen natürlich auch alle Delegierten, die mich gewählt haben, und jedes einzelne Parteimitglied, für das ich entsprechend aktiv sein möchte, Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen an das Amt. Wenn jedoch spürbar ist, dass ich diesen und meinen eigenen Ansprüchen nicht mehr die Aufmerksamkeit widmen kann, die sie verdient haben, dann ist es für mich selbstverständlich und Zeit, sich nicht an ein Amt zu klammern, sondern von ihm zurückzutreten. Seit August bin ich Geschäftsführer der Kreistagsfraktion der Linken im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Im Zuge dieser neuen Stelle war es natürlich auch notwendig, sich in Parchim anzusiedeln. Die Zeit, die dieser Beruf

in Anspruch nimmt, als auch das Problem der Distanz zwischen Rostock und Parchim haben mir in den letzten Wochen gezeigt, dass trotz intensiver Bemühungen nicht beiden Aufgaben die notwendige Zeit und



Kraft gewidmet werden kann, sodass ich mit einem klaren Schnitt zum anstehenden Jahreswechsel vom Amt des stellvertretenden Kreisvorsitzenden zurücktreten werde. Ich will jedoch nicht zurücktreten, ohne mich in angebrachter Form bei euch allen zu bedanken und zu verabschieden. Ich möchte mich auf diesem Wege noch einmal bei allen bedanken, die mich mit ihrer Stimme gewählt haben oder mit denen ich in Rostock zusammenarbeiten durfte. Mir fällt es persönlich sehr schwer, mich von diesen lieb gewonnenen Menschen zu verabschieden. Die Mitglieder des Kreisverbandes Rostock waren es, die mich

damals zum Parteibeitritt bewegt haben. Ihre frische Herangehensweise an Politik und Offenheit gegenüber neuen Ideen und ihr Vertrauen in junge Menschen waren das Begeisternde. Dazu konnte ich nicht nur meinen Teil beitragen, sondern möchte dies nun auch in meine neue Aufgabe im neuen Landkreis übertragen. Ich wünsche mir, dass der Kreisverband Rostock sich diesen progressiven Schwung auch in Zukunft bewahrt und weiterhin weitsichtig auch jungen Mitgliedern, die etwas für unsere Partei und die Menschen erreichen wollen, eine Chance gibt, ihr Potenzial zu entdecken, Erfahrungen zu sammeln und ihre eigenen in die Partei einzubringen. Ihr seht aber: jeder traurigen, wohnt auch eine gute Nachricht inne. Auch als „Rostocker Export“ unterstütze ich im neuen Landkreis unseren Landesverband und werde mich weiterhin im Landesvorstand und auf Parteitag für unsere Partei engagieren. Ich werde mich auch in Zukunft für eine besonnene, weitsichtige und praktische Politik, für generationenübergreifende Zusammenarbeit und Verständnis und eine zukunftsfähige Gestaltung der Gesellschaft und Mecklenburg-Vorpommerns, insbesondere im Bereich der Bildungs- und Internetpolitik, einsetzen und komme auch als Parchimer weiterhin gern zu euren Einladungen und Veranstaltungen. In diesem Sinne nochmals vielen Dank an euch und auf unsere weitere, gemeinsame Zukunft und Zusammenarbeit.

Euer Marcel Eggert

Für ein Recht auf Schutz und Beratung. Frei leben ohne Gewalt!

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist in Deutschland und weltweit bittere Realität.



Wie den Betroffenen in Mecklenburg-Vorpommern umfassende Hilfe und Schutz gewährt werden kann, hat die Landtagsfraktion DIE LINKE wiederholt aufgezeigt. Es ist dringend erforderlich, dass der Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt endlich fortgeschrieben wird. Gebetsmühlenartig hören wir von SPD und CDU, dass die Landesregierung dabei ist, den Aktionsplan fortzuschreiben. Nach jahrelangen Verzögerungen soll die Neufassung nun Ende 2015 vorliegen. Die Hilfe- und Beratungseinrichtungen müssen für alle Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt zugänglich sein, unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation. Wir fordern gezielte Angebote für

spezifische Zielgruppen wie Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Behinderungen und Suchterkrankungen, pflegebedürftige und pflegende Menschen, Senioren und Kinder.

Wir unterstützen den Landesfrauenrat M-V und die weiteren Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner der Online-Petition, die zum Ziel hat, Opferschutz als Pflichtaufgabe zu verankern, damit ausreichend Schutzraum und Unterstützung auch in der Fläche vorgehalten und auskömmlich finanziert werden. Das Hilfeangebot ist in M-V regional noch sehr unterschiedlich ausgebaut und finanziert. Auch die notwendige Täterarbeit zur Vermeidung von Folgetaten ist nicht flächendeckend gewährleistet.



Erinnern is gaud



Wenn ein Jahr tau End geiht, wannern de Gedanken: man leggt in aller Still sik Räkenschaft oewer dat aflopne Jahr un ok wierer trüch linge Beläwnisse af.

Erinnern is gaud! - Dor stellt man fast, dat mankes gaud, anneret nich so aflopen is as man sik dat dacht har. Besonnern Wihnachten, dat grote un för manken ok heilige Frädensfest, weckt Erinnerungen un Besinnlichkeiten, de einen an de eigen Kindheit un Jugend erinnern. Ümmer werrer frag ick mi: „Wat har ick un miene Generation för ein Jugendtied?“ Un de Antwort is: „De schreckliche Weltkrieg hett mihr as 50 Millionen Minschen dat Läben kost!“ – Man wier froh, de Katastroph oewerläwt tau hemm un wü sik bewusst, dat einen von de Kindheit un Jugend väl verloren güng. As dat Scheiten, Bomben un Murden endliche uphürte, wier dat Läben noch väle Jahr bitter un hart, egal, ob dat in Kriegsgefangenschaft orer tau Hus wier. Hungersnot un väl, väl Arbeit wieren tau bewältigen. Mit Hoffnung un niegen Läbensmaut sowie starken Willen, wü in Ost un West up de Kriegstrümmer ein nieget Düütschland in twei Staaten upbugt. De Vörutsetzungen wiern dorbi sihr unerscheidlich, un in ´n Osten wiet sworer. Ok an de Heilung von dat geistige Dörcheinanner wat de Nationalsozialismus in uns Köpp hinnerloet, wü in Ost un West mit

unerscheidlich Intensität un Qualität rangahn. Dat Ergäwnis zeigt sik nu ierst richtig, 60 Jahr nah Kriegsende, un fast 25 Jahr nah de Werrervereinigung:

Ollet nationalistisch Gedankengaud, wat nich richtig utrühmt wü, brök werrer bi Unbelihrbore ut un ok mank ein von de jüngere Generationen wü dorvon ansteckt. Ick will ingestahn, mien Kriegsgeneration hett woll nich richtig orer gaud naug verstahn, uns ´ Jugend uptauklören oewer Ursachen un Urhåber von ´n Tweiten Weltkrieg, de nah denn lersten, mit ehre imperialistischen Rache- un Revanchegeüste in ´n Nationalsozialismus einen willigen Vullstrecker funnen hemm. Up uns Straaten marschieren und demonstrieren ok all werrer Neonazis. Dorunner sünd Lüd, de de Wahrheit nich kennen: dat kann man woll noch as Dummheit beteiken. Oewer jenne sünd Verbråker, de oewer denn Nationalsozialismus Bescheid weiten, un trutzdäm denn faschistischen Charakter un de Massenmurde in KZs sowie denn Holocaust bestrieden!

Ick heff ut de Geschichte, mit de ick as Hitlerjung un Kriegsfriewilliger verstrickt wier, all in de Gefangenschaft Lihren treckt, un versäuk hüt as Geschichtenschriewer disse Lihren un Erfahrungen tau vermitteln. Ick stimm denn Philosophen Karl Jaspers tau, de säd:

„Nur im Wissen kann die Wiederkehr der vom Nationalsozialismus verkörperten Schrecken verhindert werden!“ Dorüm heff ok ick de Meinung: *„Oewer denn Nationalsozialismus nahtaudenken un Erinnerungen von Lüd sik antauhören de denn Faschismus erläwt hemm, wier noch nie so wichtig as hüt!“*

Dorüm bün ick ok miene plattdüütschen Vereinsmaaten – Uwe Süßmilch, Thomas von Widdern un Jürgen Wittmüß – sihr dankbor, dat se mit de Präsentationen von mien Vertellung: *„Zehn Rostocker Ströper – Jahrgang 1926“* in Veranstaltungen välen Börgern de Ursachen un Folgen von de

Nazidiktatur neger bröcht hemm un bringen.

De Plattdütsch Verein „Klönnsnack-Rostocker 7“ hett sik nu all fast 20 Jahr för de Förderung un Pläg von uns plattdüütsch Sprak insett. Uns langjohrige Vörsitter un hütige Präsident is Uwe Süßmilch. Mit rastlospersönlichen Insatz hett „uns Uwe“, wi em sien Vereinsmaaten nennen, sich dorför insett, dat „Plattdütsch läwt“ un nich bloß ´n Wahlspruch is, sonnern em ok Taten folgen. Mit musikalisch-literarischer Veranstaltungen, Vödrågen ut de klassischen Warke von Fritz Reuter, John Brinckman und annere plattdüütsche Autoren sowie ok mit eigene literarische Bidräch von uns „Dichter- un Schriewerlüd“, hett de Verein in sien twintig Läbensjohrn watt för uns plattdüütsch Sprak leist. 2009 sünd wi dorför as „Kulturpreisträger der Hansestadt Rostock“ utteikend worn. Üm disse Anerkennung ümmer werrer tau rechtfertigen, seihn wi in de gegenwertigen för denn Weltfräden bedrohlichen Lag´ noch mihr as sünst uns Upgaaw dorin, ok tau aktuelle Läbensfragen de denn Fräden bedrauhgen, uns tau Wuurd tau melden.

Wi sünd dorgegen, dat sik ein Staat mit Waffengewalt in de Angelegenheiten anner Staaten inmisch, ok nich ünner denn Vörwand von Frieheit un Minschenrechte. De Verfolgung von Minschen upgrund von politische un rassistische Motive un de antifaschistische Wedderstand gegen dat Naziregime dörp nich in Vergåtenheit geraden, denn ok Plattdütsch kann nur unner de Vörutsetzung läwen:

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ In dissen Sinn wünsch ick alle Frün von uns plattdüütsche Sprak ein gaudes nieget Jahr, 2015.

Kurt Kaiser

Plattdütsch Verein „Klönnsnack-Rostocker 7“ e.V.

LYRIK

Der Staat (Johannes R. Becher)

Ein Staat, geboren aus des Volkes Not
Und von dem Volk zu seinem Schutz gegründet –
Ein Staat, der mit dem Geiste sich verbündet
Und ist des Volkes bestes Aufgebot –

Ein Staat, gestaltend sich zu einer Macht,
Die Frieden will und Frieden kann erzwingen –
Ein Staat, auf aller Wohlergehen bedacht
Und Raum für jeden, Großes zu vollbringen –

Ein solcher Staat ist höchster Ehre wert,
Und mit dem Herzen Stimmt das Volk dafür,
denn solch ein Staat Dient ihm mit Rat und Tat –
Ein Staat, der so geliebt ist und geehrt,
Ist unser Staat, und dieser Staat sind wir:
Ein Reich des Menschen und ein Menschen-Staat.

DIE LINKE. Landkreis Rostock tagte

Pressemitteilung DIE LINKE. Landkreis Rostock: Am Samstag, dem 15. November, trat DIE LINKE zu einer Gesamtmitgliederversammlung in Reinshagen (bei Satow) zusammen, um ein umfangreiches Programm abzuarbeiten. Auf Grundlage der neugefassten Kreisverbandsatzungen wurden *Gudrun Pach*, *Manfred Milow* und *Sven Sauer* in den Kreisvorstand nachgewählt. Nach Berichten aus der Kreistagsfraktion und dem Kreisvorstand stellte das Landesvorstandsmitglied, *Dr. Bernd Losand*, Eckpunkte für eine nachhaltige Agrarpolitik und für ländliche Räume vor, die von einer neugebildeten Landesarbeitsgruppe noch weiter ausgearbeitet werden sollen. Diese Themen und aktuelle politischen Fragen wurden ange-regt von den Mitgliedern mit dem Gast der Versammlung, dem Bundestagsabgeordneten, *Dr. Dietmar Bartsch*, diskutiert. Außerdem verabschiedete die Mitglieder-versammlung aus aktuellem Anlass eine Erklärung zur Stärkung der Willkommenskultur.

Willkommenskultur stärken

Kriege, individuelle Verfolgung oder Perspektivlosigkeit – es gibt viele Gründe warum Menschen die Flucht ergreifen müssen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde ... Die Menschen, die zu uns kommen, mussten in der Regel traumatische Erlebnisse und Fluchtodysseen durchleben, haben häufig Angehörige verloren und nicht viel mehr als das eigene Leben retten können, bevor sie hier in Mecklenburg-Vorpommern, hier im Landkreis Rostock, in den Städten und Gemeinden eine Zuflucht finden konnten. Unabhängig von den indi-

viduellen Fluchtgründen, also unabhängig davon, ob die Flüchtlinge politisch, religiös oder aus anderen Gründen verfolgt worden sind, oder ob sie aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten stammten, und unabhängig von dem sich daraus jeweils ableitenden rechtlichen Verfahren und Aufenthaltsstatus, hoffen sie hier auf Hilfe und Sicherheit.

Medienberichte und persönliche Berichte von Betroffenen verdeutlichen immer wieder, dass diese Hoffnung

- durch gewalttätige Angriffe gegen Einrichtungen und Personen,
- durch »Stimmungsmache« gegen Flüchtlinge in den aufnehmenden Städten und Gemeinden,
- durch gelebten Alltagsrassismus aus der Mitte der Gesellschaft, aber auch
- durch Gleichgültigkeit von großen Teilen der Gesellschaft und der Verwaltung gegenüber diesen Fragen, immer wieder enttäuscht wird.

Bestehende ehrenamtliche und professionelle Unterstützungsstrukturen und -angebote, die meist durch größte persönliche Engagements getragen werden, können hier nur in sehr begrenztem Maße gegensteuern. Initiativen zur Stärkung der Sprachkompetenz sowie zur Erleichterung des Alltags und des Einlebens von Flüchtlingen, aber auch Hilfe beim Umgang mit Verwaltung, Ärzten und anderen öffentlichen Einrichtungen, benötigen Aufgeschlossenheit und Unterstützung sowohl von Seiten der Bevölkerung, als auch von Seiten der Verwaltungseinrichtungen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Eine erfolversprechende Präventionsarbeit gegen Anfeindungen erfordert Kommunikationsbereitschaft. Nur durch Aufklärung können Vorurteile aufgebrochen werden. Dies ist eine gesamtgesellschaft-

liche Aufgabe, die unabhängig von formellen Zuständigkeitsfragen angegangen werden muss. – Prävention heißt Zukunft gestalten.

Wir, der Kreisverband DIE LINKE. Landkreis Rostock fordern die Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, sich öffentlich und im privaten Umfeld für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit auszusprechen.

- Wir setzen uns ausdrücklich für das Recht auf Asyl und den Schutz von Flüchtlingen ein.

- Wir anerkennen das im Grundgesetz und im Völkerrecht garantierte Recht auf Schutz vor Krieg und Verfolgung.

- Wir verurteilen jeden Versuch, Asylsuchende und Flüchtlinge zu verunglimpfen oder auf andere Weise anzugreifen.

Kein Mensch darf im Landkreis Rostock als Gefahr und Belastung diffamiert werden. Vielmehr müssen alle Menschen mit Respekt vor der eigenen Kultur und der individuellen Geschichte ‚Willkommen heißen‘ werden. Menschen, die in unserem Landkreis Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, haben ein Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung.

Begegnen wir den Flüchtlingen aufgeschlossen und respektvoll. Helfen wir ihnen, mit dem Leben in der neuen und fremden Umgebung zurechtzukommen.

Nehmen wir sie in unserer Gemeinschaft auf. – Ihnen gehört unser Respekt: ihrer Kultur und ihrem individuellen Schicksal. Rassismus, dumpfer Nationalismus und menschenverachtende Respektlosigkeit dürfen vor dem oft schweren Schicksal von Flüchtlingen keine Chance haben!

Wir rufen die Einwohnerinnen und Einwohner auf, im Sinne dieser Erklärung zu handeln.

Reinshagen, 15. November 2014



„Urlaubsschein, du bist der schönste aller Scheine ...“

Aus der Familiensammlung von Kurt Kaiser: ein altes Kalenderblatt, das unseren Großeltern den Start in den Ersten Weltkrieg mit Bildern aus dem „lustigen Soldaten-Leben“ schmackhaft machen sollte.



Klaus Blessing und der Sozialismus

Bericht von den RotFuchsveranstaltungen am 20./21.November 2014

Zum ersten Mal in der Geschichte der Regionalgruppe Rostock des RotFuchs Förderverein e.V., führten wir zum Thema **Die sozialistische Zukunft – kein Ende der Geschichte** eine Doppelveranstaltung am 20.11.2014 in Rostock und einen Tag später in Bad Doberan im dortigen Kornhaus durch.

Gleich zu Beginn wurde deutlich, dass der Autor Klaus Blessing ein Buch vorgelegt hat, das weit über den Tellerrand aktueller politischer Entwicklungen hinaus weist. Völlig tabulos, aber faktenreich und begründet, setzt er sich mit den Erfahrungen des in Europa praktizierten Sozialismus, den Gebrechen und Verbrechen des realen Kapitalismus und sozialistischen Entwicklungen in der Welt auseinander. Er bietet neue Denkansätze, wie eine zwingend notwendige sozialistische Zukunft aussehen kann. Dabei fordert er provokativ eigene Positionen geradezu heraus. Schnell wurde auch in der Diskussion klar, dass mit diesem Buch Denkprozesse produziert werden und man mit den meisten Ansätzen des Autors übereinstimmt, auch wenn diese Erkenntnis manchmal schmerzhaft ist und das Buch voller eigener Anmerkungen ist.

Im Mittelpunkt des Buches steht nicht eine abstrakte Gesellschaftstheorie, sondern der Mensch in seiner Kompliziertheit und Vielschichtigkeit. Nicht unbegründet schätzt der Referent Klaus Blessing ein, dass in der Idealisierung des Menschen ein wesentlicher Grund für das Scheitern des praktizierten Sozialismus in Europa bestand. Er warnt eindringlich davor, den nach seiner Meinung grundsätzlich fehler-

haften Ansatz des Überbietens des Kapitalismus auf dem Gebiet von Konsumtion und Produktivität nochmals zu unternehmen. Blessings Ansatz für die sozialistische Zukunft ist anders, als wir es bisher traditionell verstanden haben. Sozialismus ist für ihn kein fertiger statischer Zustand, sondern ein gesellschaftlicher Prozess, der von Anfang an sozialistischen Prinzipien entsprechen sollte: Vernünftige Befrie-



digung materieller und geistiger Bedürfnisse – ohne Massenkonsumismus – Arbeit und soziale Teilhabe für Jeden, Frieden und internationale Solidarität, wahrhafte Demokratie. Äußerst polemisch setzt er sich mit Wachstumsfetischismus, Scheindemokratie, Justizdiktatur und Medienmanipulation auseinander. Blessings Trennlinie zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist eisern und unverrückbar die Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Anderen pseudo-linken Auffassungen erteilt er eine eindeutige und erfrischend formulierte Absage. Damit greift das weit in die Zukunft weisende Buch auch in aktuellste Auseinandersetzungen im linken Spektrum ein. Die „Unrechtsdebatte“ wird offensiv widerlegt, den linken Träumen über die Transformation in eine neue Gesellschaft mit ihren

verheerenden Folgen in der praktischen Politik wird eine prinzipielle Abfuhr erteilt. Blessings Buch schließt mit der Aufforderung, Kräfte zu bündeln, um ein – wie er es nennt – „Handlungskonzept“ zur Überwindung des Kapitalismus zu erarbeiten. Er vertritt die Auffassung, dass der „Tag Y“, dass die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf Grund der weltweiten Krisenprozesse

nicht mehr allzu fern ist. Berechtigt stellt er fest, dass die linken Kräfte in Europa darauf nicht vorbereitet sind. Er findet deshalb grundlegende Entwicklungen in diese Richtung vorrangig in sozialistisch orientierenden Ländern Lateinamerikas. Das Buch wird belebt durch ein Exklusivinterview mit dem Botschafter Ecuadors über „einen anderen Weg“. In der Diskussion wurde bereits am praktischen Beispiel bestätigt, dass dieses Buch eine Streitschrift ist, die zum Nachdenken

anregt und sicherlich auch streitbar zur eigenen Auseinandersetzung mit grundlegenden Entwicklungen zu einer sozialistischen Gesellschaft in unserer Zeit künftig beitragen wird. Die Anwesenden waren sich darin einig, dass es über den Weg hin zum Sozialismus noch viel Gesprächsbedarf existiert und noch viele Fragen beantwortet werden müssen. Nicht nur das Buch selber, sondern auch die Diskussion dazu hat deutlich gemacht, dass das Ziel des Buches erreicht worden ist, nämlich dass es sich lohnt und unbedingt notwendig ist, über eine sozialistische Zukunft nachzudenken.

*Carsten Hanke,
Vorsitzender RotFuchs Rostock*

Wie weiter mit erneuerbaren Energien?

Die am 23. Oktober stattgefundene Info-Veranstaltung der Roa-Luxemburg-Stiftung im Verbund mit dem örtlichen Bauernverband, den Unternehmerverbänden Teterow und Rostock und den Ämtern Mecklenburgische Schweiz und Gnoien gab einen fundierten Überblick über den Stand der Entwicklung erneuerbarer Energien und deren Umsetzung in der BRD und in unserer Region. Der Focus lag auf der „Gemeinsamen Verantwortung“ für die

Umsetzung der Energiewende. (Vgl. Artikel Nordkurier vom 21.10., S. 19) Prof. Wolfgang Methling äußert sich sachkundig in Fragen der Umweltpolitik, gab eine umfassende Diskussionsgrundlage darüber, welche Brisanz die Umsetzung der Energiewende für unsere ganze Gesellschaft hat. In der Diskussion wurden eindrucksvolle Bemühungen und auch Erfolge in der Anwendung erneuerbarer Energien und deren Gemeinnützigkeit in der Teterower Region vorgetragen. Dazu sprachen der Geschäftsführer der Teterower Stadwerke Herr Reinders, der Bürgermeister

Dalkendorf, Herr Hans Müller, Mitglied der innovativen Wärme-Genossenschaft, der Bürgermeister Lalendorf, Herr Knaak, zur energetischen Verwertung und Sauerstoffproduktion von Zuckerrüben und Herr Börger, Chef der „emano Kunststofftechnik GmbH“, über Wege der Energiespeicherung. Kritische Äußerungen gab es zum reformierten EEGesetz, das in den Augen der Praktiker statt einer Förderhilfe eher einer Bremse gleichkommt. Im Ergebnis der Aussprache wurde befürwortet, dieses Thema im Rahmen der Teller Gespräche weiterzuführen.

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 9.12.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes HRO	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 9.12.	18:30 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes LRO	Satow	Hotel Weide
Fr., 11.12.	17:00 Uhr	Tagung des Landesausschusses	Rostock	ibis-Hotel
Di., 16.12.	17:00 Uhr	Abschluss-Skat-Feier	Warnemü.	Burger Rico, Am Leuchtturm 15
Do., 15.1.	15:00 Uhr	RotFuchs: Erinnerungen des eh. Chefredakteurs der SVZ, Hans Brandt	Rostock-Evershag.	MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 52
Sa., 17.1.	10:00 Uhr	Hans Modrow in Rostock, Thema: 25 Jahre Gründung der PDS (Eintritt: Spendenbeitrag)	Rostock	Waldemarhof KTV (Waldemarstr. 33)
Di., 20.1.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes HRO	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 21.1.	15:00 Uhr	1. Sitzung der Stadtteilsprecher HRO in 2015	Rostock	Geschäftsstelle

Beschluss zum VTR

Erklärung des Stadtteilverbandes Rostock-Südstadt

Wir Mitglieder der Partei DIE LINKE der Rostocker Südstadt freuen uns darüber, dass der neue Intendant des Volktheater Rostock, Herr Sewan Latchinian, frischen Wind in die Segel des VTR gebracht hat.

Wir unterstützen seinen Kurs und fordern von der Bürgerschaft, dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung alles zu tun, damit unser Theater mit vier Sparten erhalten bleibt.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 17.11.2014

Gedenken an die Reichspogromnacht

Vor 76 Jahren brannte die Rostocker Synagoge. Auf einer bewegenden Veranstaltung gedachten zahlreiche Rostockerinnen und Rostocker der Reichspogromnacht. Der Präsident der Bürgerschaft, Wolfgang Nitzsche, erinnerte in seiner Ansprache daran, dass Jüdinnen und Juden seit Jahrhunderten Teil der Rostocker Geschichte sind. Die Kreisvorsitzenden der Rostocker LINKEN, Eva-Maria Kröger und Carsten

Penzlin, legten an der Gedenkstele in der Augustenstraße einen Kranz nieder.

Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus darf nicht verblasen, denn auch in der Gegenwart leben Antisemiten mitten unter uns.



Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,00 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Ware (von Janina Niemann-Rich)

wahre Weihnacht
am Wühltisch verkommen

Hoffnung (von Janina Niemann-Rich)

Gehwegschäden des Lebens vernarben
sanierte Straßen sichtbar

Zufrieden (von Janina Niemann-Rich)

jede Falte Erfahrung
Botox-freie Zone!

OP (von Janina Niemann-Rich)

Gedanken im Kreisverkehr
Angst ohne Ausweg



Seniorensicherheit

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht langsam auf Weihnachten zu, da gibt es oft auch im öffentlichen Raum Trickdiebstähle und Betrügereien sowie Diebstähle.

- Die Täter führen für die Ziel-Person unerwartete und wie „zufällig“ aussehende Situationen herbei, um dieser nahe zu kommen.

- Die Täter lenken die Aufmerksamkeit der Zielperson ab, so dass diese in aller Regel den Diebstahl erst später merkt. So wurde mir in der S-Bahn in Berlin kurz vor dem Hauptbahnhof von einem jungen Mann ein Sitzplatz angeboten, links hinter mir stand ebenfalls ein junger Mann, ich lehnte das Angebot dankend ab. Auf dem Hauptbahnhof bemerkte ich dann, dass mein Portemonnaie aus meiner Gesäßtasche entwendet worden war. Hier teilten sich offensichtlich zwei Täter die „Aufgaben“. Ablenken einerseits, Stehlen andererseits.

- Den Geldwechseltrick gibt es nicht nur im Ausland, sondern auch hier in der Nähe von Telefonapparaten, Fahrscheinautomaten oder Bootsanlegestellen. Erklären sie sich dazu bereit, kann ihr Portemonnaie schnell um einige Geldscheine leichter sein.

- Auf dem Weihnachtsmarkt und anderen Personenansammlungen wird man eventuell leicht angerempelt oder mit Eis oder einem Getränk bekleckert – und man ist danach leicht seine Brieftasche los. Gegen solche Tricks und Machenschaften kann man sich kaum schützen. Man sollte in der Regel wenig Geld mit sich führen und keine Pin-Zahlen für Geldkarten und Handy bei sich führen. Bei Verlust der Geldkarte (girocard) sollten die Sperrnummern 116 116 oder 0185/02 10 21 griffbereit sein. Mit einem Anruf kann man die Karte sofort sperren lassen und finanzielle Schäden verhindern. Denn erst ab dem Zeitpunkt der Sperrung übernimmt die Bank oder Sparkasse die Haftung. Karteninhaber sollten die Bankleitzahl mit Kontonummern wissen und den Zeitpunkt der Sperrung notieren.

Im Falle eines Diebstahls ist es wichtig, bei der Polizei Anzeige zu erstatten und das Protokoll gut aufzuheben. Weitere Infos unter (www.kartensicherheit.de). Ich möchte hier noch einflechten, bei dem Diebstahl meines Portemonnaie ging auch meine girogard verloren. Ich rief von Berlin

sofort meine Frau in Rostock an und sie veranlasste dann die Sperrung. So konnte ich eine Abbuchung verhindern. Die Anzeige bei der Polizei erfolgte dann am nächsten Tag.

Genossinnen und Genossen, Betrüger und Trickdiebe sind nicht leicht zu erkennen. Sie sind in den meisten Fällen gut gekleidet, treten höflich und selbstbewusst auf und versuchen durch Charme und Freundlichkeit Euch nicht misstrauisch zu machen. Man kann die Täter kaum am Aussehen erkennen, höchstens durch ihre Handlungen, die schon mehrfach von mir beschrieben wurden. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, Mieter sind nicht verpflichtet, jemanden unangemeldet in die Wohnung zu lassen. In einem solchen Fall lassen sie sich die Firma oder den Namen der Behörde nennen, schließen sie die Tür und suchen sie im Telefonbuch die entsprechende Firma oder Behörde und vereinbaren sie einen neuen Termin. Handwerker und Schornsteinfeger sind nur in die Wohnung zu lassen, wenn sie von ihnen bestellt oder vom Hausmeister oder Vermieter angekündigt wurden. Die Polizei und Sparkassen oder andere Institutionen suchen in ihrer Wohnung kein Falschgeld oder wollen Daten von Konten prüfen.

In vielen Städten und Regionen arbeiten inzwischen von der Polizei geschulte Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren. Solche Berater wollen wir von der AG Seniorenpolitik im nächsten Jahr zu Versammlungen in einzelne Stadtteile einladen, um ältere Menschen über Kriminalität zu informieren und Hinweise zu geben, wie man sich schützen kann. Es gibt auch eine 52-seitige Broschüre „Der goldene Herbst“, mit Sicherheitstipps für Seniorinnen und Senioren. (Download unter www.polizei-beratung.de)

*Karl-Ludwig Spengler
Vorsitzender der AG Seniorenpolitik - HRO*



Gewinner: DIE LINKE hat in Thüringen einen Koalitionsvertrag vorgestellt, der zeigt, dass unsere Partei eine klare Vorstellung davon hat, wie man einen Politikwechsel hin zu mehr soziale Gerechtigkeit schaffen kann.

Verlierer: Fußballfans. Und zwar jene, die sich nur für den Sport interessieren und die ständigen Ausschreitungen, wie jüngst beim Spiel Hansa Rostock gegen Dynamo Dresden, einfach nur satt haben.

Monatszitate

„Ein Gespenst geht um im Bundestag. Das Gespenst der schwarzen Null.“ Roland Claus (LINKE) in der Haushaltsdebatte im Bundestag.

„Man braucht nur das Gesicht derjenigen zu sehen, denen Gott Reichtum gegeben hat, und man weiß, was er von Reichtümern hält.“ Jonathan Swift

Monatszahl

15,4 % der LINKEN-Bundestagsabgeordneten fehlen im Durchschnitt bei namentlichen Abstimmungen im Parlament. Danach folgen die Grünen mit 8,7 %.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. *Wer klärte in Lütten-Klein über die Situation in der Ukraine auf?*

2. *Wo fand der 3. Parlamentariertag statt?* Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.02.2015